

## Die Umtriebe der ungarischen Gesandtschaft.

Ist Deutschösterreich eine selbständige, souveräne Republik oder ist es eine Filiale des jüdisch-bolschewistischen Großunternehmens Lenin unter Bela Kuns Procura? Dies ist die Frage, die sich aus der sprachlosen Entrüstung über die durch die Note des Polizeipräsidenten Schober enthüllten ungeheuerlichen Pläne und Umtriebe der ungarischen Gesandtschaft in der Bankgasse losringt. Die Ungarn errichten in Wien ein Werbebureau für ihre rote Armee, sie verurachen den Wiener Putsch und das Blutvergießen vom 17. April. Sie berufen den Gesandten Volgar wegen des Mißlingens des Aprilputsches ab und ersetzen ihn durch den tatkräftigeren Szobel; es kommt durch das Geld und die Heze der Ungarn zum blutigen Junisonntag; ein Kellereinbruch in die Oesterreich-Ungarische Bank wird geplant, Polizeibeamte sollen bestochen werden, um dem Sturz der deutschösterreichischen Verfassung unter Abfall von ihrem Dienstfeide Vorschub zu leisten, sogar ein Mordplan gegen deutschösterreichische Politiker spielt in den bolschewistischen Machenschaften eine Rolle. Und was geschieht in Wien zur Abwehr dieser verbrecherischen Umtriebe Fremder, die gegen unsere Staatsordnung und unseren Besitz gerichtet sind? In jedem andern Staate würde dies Veranlassung zu einer mehr oder weniger höflichen Einladung an den andern Staat sein, einen Gesandten abzuberufen, der sich direkt gegen die Gastfreundschaft vergangen hat. Ein solches Verlangen wäre selbst unter befreundeten Regierungen möglich. Bei uns ist es anders. Staatssekretär Eidersch gibt endlich, durch die Zeitungsveröffentlichungen dazu veranlaßt, in der Nationalversammlung die Erklärung ab, daß „Verhandlungen im Zuge“ seien, richtet aber seine Entrüstung mehr gegen die Veröffentlichung des Verbrechens als gegen dessen Urheber. Die Nationalversammlung vertagt sich, ohne irgendwie Stellung zu nehmen. Ueber allen Gipfeln ist Ruh' und die Verbrecher in der Bankgasse können weiter in Wien gegen die deutschösterreichische Republik minieren.

Nur eine vernünftige Begründung ist für die Haltung unserer Regierung in dieser Angelegenheit möglich: die verantwortlichen Staatsmänner können nichts tun, weil der Staat, für dessen Leitung sie verantwortlich sind, nicht in der Lage ist, den Forderungen der Gerechtigkeit und Sühne für die verbrecherischen Umtriebe der ungarischen Gesandtschaft den entsprechenden Nachdruck zu geben. Dies wäre ein Eingeständnis der Wehrlosigkeit Deutschösterreichs. Ist jedoch unser Staat wirklich in einer so traurigen Hilflosigkeit, daß sich Mörder und Einbrecher ungestraft inmitten der Hauptstadt unter dem Deckmantel einer Gesandtschaft ein Hauptquartier errichten können, um von dort aus nicht nur Leben und Eigentum der Staatsangehörigen, sondern den ganzen Staatskörper zu bedrohen, so fällt die Schuld an dieser Schmach, die auf der Seele eines jeden eingebornen Deutschösterreichers brennt und ihm die Schamröte über seine Staatszugehörigkeit in die Wangen treibt, einzig und allein auf die Sozialdemokraten, die mit bewußter Absicht unsere Wehrmacht vernichtet haben.

Eine Pflicht hat jedoch die Regierung gegen die Öffentlichkeit, die sie unter allen Umständen zu erfüllen jetzt gezwungen ist: Klarheit zu schaffen und wenigstens jene Maßnahmen zu treffen, die in unserer Lage möglich sind, um dem weiteren Treiben der Ochrana in der Bankgasse Einhalt zu tun. Das Volk hat endlich genug des Doppelspiels und verlangt Talkraft und Schutz von dem Staat, für dessen neue Wehrmacht es Hunderte von Millionen aufbringen soll.

Das Bild der Tätigkeit der ungarischen Gesandtschaft, die durch die Note des Polizeipräsidenten gekennzeichnet ist, können wir noch ergänzen durch folgende Mitteilungen, die uns heute durch eine kürzlich erst aus Sowjetungarn geflüchtete Persönlichkeit gemacht wurden:

Eine Hauptfrage der ungarischen Regierung und ihres Wiener Gesandten war bekanntlich in der letzten Zeit besonders die finanzielle Frage. In Ungarn war bereits alles geraubte Material von Wert verflopf, und der Bestand an eigenen Noten der früheren gemeinsamen Bank so ziemlich aufgezehrt. Deshalb versuchte die Wiener ungarische Gesandtschaft auch durch Geschäfte in Wien die nötigen Propagandagelder zu beschaffen. In Ungarn wurde den Bauern Wein „gegen spätere Bezahlung abgekauft“ oder einfach weggenommen und nach Wien beordert, um ihn hier gegen schweres Geld durch Agenten (a. a. Balint, Hoch und Graf) sowie durch die sogenannten „Leninbuben“ an hiesige Weinhändler zu verkaufen. Während die meisten ein solches rechtlich anfechtbares Geschäft ablehnten, wurde der Firma Schlumberger, ferner einer Linzer Firma und einer polnischen Gesellschaft Wein geliefert. Auch eine reichsdeutsche Gesellschaft, die der Bleichrödergesellschaft angeschlossen ist, erhielt eine Weinsendung, die sie mit durchgeschmuggelten Waren bezahlte. Borige Woche sollte wieder eine große Partie vom Mattenseegebiet nach Deutschösterreich geliefert werden, sie wurde aber von der amerikanischen Grenzkontrolle aufgehalten. Diese und andere Geschäfte fanden ihre Ergänzung in einer anderen Betätigung der ungarischen Räteregierung und ihrer hiesigen Gesandtschaft. Was durch Bestechung nicht gelang, sollte der Gewalt vorbehalten bleiben und so wollte man den hiesigen ungarischen Agenten Dienstag dieser Woche noch eine Hilfe von 300 Mann Terrortruppen senden. Sie wurden aber in Bruck an der Leitha aufgehalten. Was man mit ihnen machte, ist allerdings unbekannt.